65. Jahrgang. № 143. Freitag, 25. März 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %, Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Reptsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Spielwaren-Oster-Ausstellung
Tennis — Fußball — Hockey — Sportgeräte
B. A. Müller, Prager Straße 32

Reichs-Kaffee
Altmarkt — Täglich: 5-Uhr-Tee — Altmarkt

Triumph-Buttermilch-Seife ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unübertroffenes Schönheits- und Toilettemittel.

Triumph-Buttermilch-Seife gibt ein jugendfrisches Aussehen u. ist ihres sparsamen Verbrauches wegen besonders zu empfehlen.

Triumph-Buttermilch-Seife ist in jedem besseren Geschäft zum Preise von 4,50 erhältlich. Hersteller: Wilh. Geißler, Dresden-A. 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Waschmittel.

Ausdehnung des Aufruhrs.

Die bedrohliche Lage in Eisleben.

Magdeburg, 24. März. Beim Oberpräsidenten Hörsing lag heute mittag folgender Bericht über die Lage im Aufruhrgebiete vor: Die Lage in Eisleben ist sehr bedrohlich. Die Gefechte dauern fort. Ueberall herrschen Plünderung und Brände. Die sozialdemokratischen Führer haben wegen schwerster Bedrohung aus Eisleben flüchten müssen. Die Eisenbahnbrücke in Affendorf an der Bahnlinie Halle—Sangerhausen wurde gesprengt. Die sozialdemokratischen Führer schätzen die Waffen der Kommunisten bei Eisleben auf mindestens vierzig Maschinengewehre und 8000 bis 10 000 Gewehre und erklären, daß die übrige Bevölkerung schleunigst durchgreifende Maßnahmen mit schweren Kampfmitteln fordere. In Oberröblingen und Siebleben sind größere Brände beobachtet. Fremdländische Elemente führen überall die Bewegung. In Leuna ist die Lage sehr ernst. In Lauchhammer ist gestern der Streik ausgebrochen. In Bitterfeld werden die Arbeiter voraussichtlich ebenfalls in den Ausstand treten. (W. T. B.)

Eisleben, 24. März. Die Truppen haben eine Anzahl Gefangene eingebracht, die ihnen als Spione der Roten Armee entgegengeschickt wurden. An den Stadteingängen nach Halle zu waren Barrikaden errichtet worden, die jedoch leicht überwältigt wurden. Die Gefangenen wurden sofort zur Aufräumung der Straßen verwandt. Das Gelände östlich von Eisleben ist zurzeit von Banden frei. Der Bahnhof ist von der Schutzpolizei besetzt worden. Der im Seminar untergebrachte Teil der Schutzpolizei wurde entsetzt. Kurzzeit wird noch um die Mädchenvolksschule gekämpft, in der einige Abteilungen der Schutzpolizei untergebracht worden sind. In den Straßen herrscht sonst völlige Ruhe. Trotzdem bestehen Ungewißheit und Befürchtungen wegen der kommenden Nacht. (W. T. B.)

In den Dörfern im Mansfelder Lande sind von den Roten Truppen regelrechte Aushebungen veranstaltet worden. Alle waffenfähigen Mannschaften von 15 bis 50 Jahren werden zu den Waffen gerufen. Auch in Helbra haben Plünderungen stattgefunden. Hier hat man den evangelischen Pfarrer verhaftet und fortgeschleppt. Er soll nur gegen ein Lösegeld freigegeben werden.

Der private Fernsprechverkehr ist hier seit heute abend unterbunden. (W. T. B.)

Jena, 24. März. Auf den Leuna-Werken haben, wie unser Sonderberichterstatter drahtet, heute morgen die streikenden Arbeiter in einer Betriebsversammlung beschlossen, sich sofort zu bewaffnen und sobald das Militär einrückt sofort loszuschlagen. Es wurden Kompagnien und Bataillone gebildet. Sämtliche Arbeiter bis zum 45. Lebensjahre wurden dazu herangezogen.

Der Streik in Halle.

Halle, 24. März. Die städtischen Arbeiter haben dem Magistrat ein Ultimatum gestellt, das heute mittag ablief. Die Verhandlungen mit dem Magistrat sind jedoch noch im Gange. Im Mittelpunkte stehen Lohnforderungen. Das Elektrizitätswerk dürfte die Arbeit ebenso wie das Wasserwerk einstellen. In den Privatbetrieben Halles wird in Betriebsversammlungen zur Frage der Streikbeteiligung Stellung genommen. Die Arbeiter der Güterabfertigungsstellen sind in den Ausstand getreten, so daß jede Güterabfertigung eingestellt werden muß. Auf der Thüringer Strecke stellten die Arbeiter des Leuna-Werkes einen Zug an und holten einige Sipo-Mannschaften heraus. (W. T. B.)

Die Arbeiter des städtischen Wasserwerkes und die der Gasanstalt sind in den Ausstand getreten. (WTB.)

In Thüringen ist es, wie unser Sonderberichterstatter meldet, zurzeit vollständig ruhig. Es sind aber nach Meldungen der sozialistischen Blätter deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß auch hier kommunistische Aktionen bereits im Gange sind.

Torgau, 24. März. Hier ist ein Generalstreik ausgebrochen. Die Arbeiter haben die Fabriken besetzt und Aktionsausschüsse gebildet.

Kommunistische Verhandlungen mit Hörsing

Halle, 24. März. Hier haben heute vormittag zwischen der kommunistischen Parteileitung und dem Oberpräsidenten Hörsing Verhandlungen stattgefunden, die noch nicht abgeschlossen sind. Hörsing erklärte es für absolut unmöglich, daß diesmal die Staatsregierung einlenken könne. Er betonte, daß die Schutzmaßnahmen nicht gegen eine politische Macht, auch nicht gegen die Kommunisten, sondern einzig und allein gegen das Verbrechertum gerichtet seien.

Die Verhaftung des Räubers Hölz.

Halberstadt, 24. März. Verschiedene Anhaltspunkte lassen darauf schließen, daß es sich bei dem gestern in Quedlinburg verhafteten Unbekannten tatsächlich um den berüchtigten Verbrecher Max Hölz handelt. Die Staatsanwaltschaft konnte eine genaue Auskunft nicht geben, da der Verhaftete jede Aussage über seine Person verweigert. Er wird heute nachmittag nach Magdeburg übergeführt werden, wohin auch verschiedene Einwohner aus dem Vogtlande bestellt wurden, um dem Verhafteten gegenübergestellt zu werden.

Dagegen meldet W. T. B.: Der in Halberstadt als Max Hölz Verhaftete soll vor Gericht angegeben haben, nicht Max Hölz, sondern ein Ernst Roth aus Anhalt zu sein. Eine Bestätigung liegt noch nicht vor.

Sicherheitsmaßnahmen in Berlin.

Berlin, 24. März. Die Reichsregierung hat in Berlin die umfassendsten Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um jeden etwaigen Versuch, auch in Berlin Unruhen hervorzurufen, im Keime zu ersticken. Am heutigen Tage fanden bereits in den betreffenden Ministerien Konferenzen statt, die darauf deuten, daß die Regierung fest entschlossen ist, gegen jeden Putsch die schärfsten Maßregeln zu ergreifen. Die Schutzpolizei in Berlin wird keinerlei Verstärkung zur Bekämpfung des Aufruhrs in Mitteldeutschland abgeben, vielmehr dürfte aus Württemberg und Bayern Reichswehr nach den gefährdeten Gebieten in Mitteldeutschland entsandt werden.

Berlin, 24. März. Heute mittag sammelten sich vor dem Fabrikgebäude der Eisengießerei Keiling & Thomaß, Ackerstraße 128, etwa 500 bis 600 Personen, die in die Räume einzudringen versuchten, um die dort beschäftigten Arbeiter zum Ausstande zu bewegen. Eine Streife der Schutzpolizei löste die Ansammlung auf, worauf einzelne Trupps nach dem Fabrikgebäude der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft am Gartenplatz zogen, wo sich derselbe Vorgang wiederholte. Inzwischen war aber auch die Schutzpolizei benachrichtigt worden, von der eine stärkere Abteilung auch diese Ansammlung zerstreute. (W. T. B.)

In die Betriebe der Firma Ludwig Löwe drang heute gegen mittag eine kleine Schar Arbeitsloser ein. Sie versuchten, die Arbeiterschaft zur Stillegung der Betriebe zu veranlassen. Da ihnen dies nicht glückte, zogen sie wieder ab. Da jedoch die Gefahr bestand, daß die Kommunisten den Versuch machen würden, die Werke gewaltsam zu besetzen, ordnete die Betriebsleitung die vorläufige Schließung an.

Keine Fortschritte der Kommunisten in Hamburg.

Hamburg, 24. März. Die Werft von Blohm u. Voß ist durch die Ordnungspolizei von den Kommunisten geräumt worden, worauf sie besetzt wurde. Ebenso hat die Ordnungspolizei das Gebäude der kommunistischen „Volkszeitung", deren Erscheinen vorläufig verboten worden ist, besetzt. Der Versuch der Kommunisten, auf der Werft von Stülcken Sohn, auf der Reiherstieg-Werft und auf der Deutschen Werft Tollerort den Betrieb stillzulegen, hatte keinen Erfolg. Das mehrheitssozialistische Hamburger „Echo" fordert die Arbeiter auf, die Kommunisten mit ihrer Terrorisllheit ganz allein zu lassen und in allen nicht geschlossenen Betrieben weiterzuarbeiten und die kommunistischen Terroristen rücksichtslos abzuweisen.

Hamburg, 24. März. Nach dem Vorbilde der Werft von Blohm & Voß haben auch die Vulkan- und die Deutsche Werft auch für ihre Betriebe in Finkenwärder deren Schließung und die Entlassung der Arbeiter bekannt gegeben. (W. T. B.)

Hamburg, 24. März. Nach genaueren Feststellungen hat sich die Zahl der Toten bei den gestrigen Unruhen inzwischen auf 30 erhöht. Etwa 38 Schwerverwundete liegen im Hafenkrankenhause.

Aktionsausschüsse in Kiel.

Kiel, 24. März. Eine Versammlung von Erwerbslosen wählte heute mittag einen Aktionsausschuß und beschloß, die Uebernahme sämtlicher Betriebe und deren Stillegung durch die Arbeiter zu veranlassen. Die Ortsgruppe Kiel der Kommunistischen Arbeiterpartei fordert in einem Flugblatt die Arbeiter auf, sich Waffen zu verschaffen und sofort in den Generalstreik zu treten.

Die ungenügende Bewaffnung der Sipo.

Berlin, 24. März. Wie dem „Lok.-Anz." von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, war der Sicherheitswehr in Eisleben bei den Kämpfen in der heutigen Nacht morgens um 8 Uhr die Munition ausgegangen. Das Blatt fragt: Ist es nicht ein Hohn sondergleichen, daß die in das Unruhegebiet geschickten Polizeibeamten derart jämmerlich mit Munition ausgerüstet sind, daß sie sich nach 24 Stunden Gefechtstätigkeit bereits verschossen haben? Soll bei derartig skandalöser Behandlung der Schützer von Ruhe und Ordnung, der ausführenden Organe der Staatsgewalt, die Haut und Knochen zu Markte tragen, bei ihnen etwas anderes erzeugt werden, als Entmutigung und grenzenlose Erbitterung gegen jene Leute, die sie vorschicken, ihnen die schwierigsten Aufgaben stellen und sie fast wehrlos der Gewalt verbrecherischen Pöbels preisgeben? Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die oberste Verantwortung für das, was jetzt zur Unterdrückung der Unruhen geschieht, bei der Reichsregierung liegt, und daß ihr angerechnet wird, was ungeeignete Verwaltungsorgane durch Unterlassung und halbe Maßnahmen sündigen.

Der Kampf um Recht und Lebensmöglichkeit.

In Oberschlesien ist der für den Fall eines deutschen Abstimmungssieges erwartete brutale Angriff der Polen erfolgt. Zu gleicher Zeit sind die Kommunisten in Mitteldeutschland und in Hamburg zur offenen „Aktion" übergegangen. Auch das konnte nicht überraschen. Die „Rote Fahne" hat schon seit geraumer Zeit die Oeffentlichkeit darauf vorbereitet, und selbst wenn sie es nicht getan hätte, hätten wir uns über das Aufflammen des Aufruhrs nicht gewundert. Schon immer haben die Kommunisten jede außenpolitische Krise zur Herbeiführung des Umsturzes im Innern zu benützen gesucht. Nun stehen wir unter dem Eindruck des feindlichen Friedensbruchs im Westen und müssen sehen, wie in Oberschlesien unsere Volksgenossen von den Mörderbanden Korfantys vergewaltigt werden, — eine gute Zeit für die Bolschewisten, eine glänzende Gelegenheit für Moskau, das schon dem Erlöschen nahe revolutionäre Feuer in Deutschland wieder anzublasen. Natürlich ist alles wohl vorbereitet gewesen. Seit langem ist bekannt, daß am 20. März in Oberschlesien die Entscheidung fallen würde, ob für oder gegen Deutschland — eine gewisse Beunruhigung mußte entstehen, die Moskauer wollten sie auf jeden Fall für ihre Zwecke ausnützen. Es liegt noch kein bestimmter Anhaltspunkt dafür vor, nach allem, was wir aber im Laufe der letzten Monate an polnischer Heimtücke erlebt haben, würden wir uns gar nicht wundern, wenn man schließlich entdeckte, daß mittelbar auch polnische Einflüsse bei den Unruhen wirksam sind. Hat doch die polnische Regierung es für gut gehalten, zwei Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien in ganz überstürzter Weise Frieden mit der Sowjetrepublik zu schließen. Die Warschauer Herren wollten nach Westen die Hände frei bekommen; man darf ihnen ruhig zutrauen, daß sie, um die deutsche Regierung von Oberschlesien möglichst abzulenken, um sie im eigenen Lande zu beschäftigen, mit Aufwiglern, die sich vielleicht über ihre wahren Auftraggeber gar nicht im klaren sind, im Regierungsbezirk Merseburg arbeiten. Das ist aber, wie gesagt, nur eine Vermutung. Sie trifft vielleicht nicht zu, der Wahnsinn unserer Kommunisten bedarf vielleicht einer besonderen Aufmunterung von Warschau her gar nicht. Schon bei früheren Gelegenheiten haben ja diese Herrschaften bewiesen, daß sie sich gar nicht scheuen, die Gefahr einer Versklavung der deutschen Arbeiterschaft zugunsten des feindlichen Kapitalismus heraufzubeschwören.

Diese Gefahr droht heute wieder. Darüber soll sich die Regierung im klaren sein. Sie droht, trotz all der verbrecherischen Anschläge, nicht so sehr in Mitteldeutschland als in Oberschlesien. Gelingt es den Polen, hier vollendete Tatsachen zu schaffen und das Industriegebiet zu annektieren entsprechend dem Rezept der Pariser Zeitung, die Deutschland die Rüben, den Polen aber die Kohlen und Erze zusprechen will, dann ist Deutschland verloren. Ohne Oberschlesien können wir nicht nur den geforderten Schadenersatz nicht aufbringen, sondern überhaupt nicht mehr leben. Das ist die einfache, nackte Wahrheit. Sie ist im Laufe der letzten Monate so oft und so eindringlich dem deutschen Volke in Hirn und Herz geprägt worden, daß wir uns weitere Worte darüber füglich sparen können. Unser Wirtschaftsleben müßte einfach verdorren, wenn uns Oberschlesien verloren ginge, denn dort werden zum großen Teile die Werte erzeugt, die uns eine Rohstoffbeschaffung aus dem Auslande ermöglichen. Nicht um das Dasein unserer oberschlesischen Volksgenossen allein geht es, sondern letzten Endes auch um die Existenz des deutschen Arbeiters überhaupt. Das hat sich jeder von uns vor Augen zu halten, das hat vor allem die Regierung zu berücksichtigen, die keinen Augenblick länger zögern sollte, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wie ist denn die Lage? Sie weist verzweifelte Aehnlichkeit mit der im August vorigen Jahres auf. Auch damals haben die Banden Korfantys die deutsche Bevölkerung in Schrecken versetzt, auch damals tauchten plötzlich Scharen von wohlbewaffneten Polen auf, die geradezu Jagd machten auf alles, was deutsch war. Die französischen Besatzungstruppen standen dabei und sahen zu. So lange es den Polen glückte, fanden sie keine Veranlassung, einzugreifen. Erst als auch auf deutscher Seite in berechtigter Notwehr ein Widerstand organisiert wurde, fand sich General Lerond bewogen — die Sicherheitspolizei aufzulösen und eine angeblich paritätisch zusammengesetzte Abstimmungspolizei einzurichten. Korfanty hatte damit einen großen Erfolg errungen. Denn dieser Polizei, die, in südlichen Kreisen wenigstens, alles andere als unparteiisch gewesen ist, war es zu verdanken, daß kein Deutscher und kein Deutschgesinnter in Pleß und Rybnik ohne Gefahr für Leib und Leben für das Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche eintreten konnte. Ihr ist es zu verdanken, daß eine freie Abstimmung dort überhaupt nicht möglich war. Man weiß, daß die polenfreundliche Haltung der Franzosen schließlich